

# Inhaltsverzeichnis

Einleitung .....	15
Erstes Kapitel: Das Verhältnis von Sicherheit und Freiheit im Rechtsstaat der Bundesrepublik Deutschland .....	19
A. Die staatliche Garantie für die innere Sicherheit nach dem Grundgesetz .....	20
I. Entwicklungslinien .....	21
II. Sicherheit als Staatszielbestimmung im Grundgesetz .....	24
III. Die grundrechtlichen Schutzpflichten .....	27
IV. Polizeiliche Sicherheitsgewährleistung in Deutschland .....	30
1. Die Landespolizeien .....	31
a) Organisation .....	32
b) Aufgaben, Zuständigkeiten und Befugnisse .....	33
aa) Gefahrenabwehr .....	34
bb) Generalklausel und Gefahrenbegriff .....	35
cc) Standardmaßnahmen .....	37
(1) Standardmaßnahmen zur Datenerhebung .....	38
(2) Standardmaßnahmen zur Datenverarbeitung .....	41
dd) Verhütung von Straftaten .....	43
ee) Polizeilicher Zwang .....	44
2. Das Bundeskriminalamt .....	44
a) Organisation .....	45
b) Aufgaben, Zuständigkeiten und Befugnisse .....	46
aa) Zentralstellenfunktion .....	46
bb) Strafverfolgung .....	47
cc) Terrorismusbekämpfung .....	47
3. Die Bundespolizei .....	50
a) Organisation .....	51
b) Aufgaben, Zuständigkeiten und Befugnisse .....	51
V. Nachrichtendienstliche Sicherheitsgewährleistung in Deutschland .....	53
1. Verfassungsschutz .....	53

	a) Organisation .....	54
	b) Aufgaben, Zuständigkeiten und Befugnisse .....	54
	c) Kontrolle .....	57
	d) Landesämter für Verfassungsschutz .....	59
2.	Der Bundesnachrichtendienst.....	60
	a) Organisation .....	61
	b) Aufgaben, Zuständigkeiten und Befugnisse .....	61
3.	Der Militärische Abschirmdienst .....	62
	a) Organisation .....	62
	b) Aufgaben, Zuständigkeiten und Befugnisse .....	63
VI.	Zwischenergebnis .....	64
B.	Sicherheitsgewährleistung vor dem Hintergrund der Freiheitsrechte .....	65
I.	Das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung .....	66
	1. Bestimmung des Schutzbereichs .....	66
	2. Schranken und Eingriffsrechtfertigung .....	67
	3. Eingriffe durch Maßnahmen der Sicherheitsbehörden .....	68
II.	Das Computergrundrecht.....	70
	1. Bestimmung des Schutzbereichs .....	70
	2. Verhältnis zu anderen Grundrechten.....	71
	3. Eingriffe durch Online-Durchsuchungen.....	72
III.	Das Grundrecht auf Unverletzlichkeit der Wohnung.....	74
	1. Bestimmung des Schutzbereichs .....	75
	2. Schrankenbestimmungen und Lauschangriffe .....	75
	3. Der absolut geschützte Kernbereich privater Lebensgestaltung .....	78
IV.	Das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis.....	81
	1. Bestimmung des Schutzbereichs .....	81
	2. Telekommunikationsüberwachung durch Sicherheitsbehörden .....	81
	3. Einsatz des „IMSI“-Catchers.....	84
	4. Vorratsdatenspeicherung .....	85
V.	Zwischenergebnis .....	88

Zweites Kapitel: Gefahrenvorfeld und Datenschutz als Herausforderungen  
im Verhältnis von Polizei und Nachrichtendiensten ..... 91

A. Das Gefahrenvorfeld als Herausforderung des Sicherheitsrechts ..... 91

- I. Die Bedrohung durch den internationalen Terrorismus aus  
gefahrenabwehrrechtlicher Perspektive ..... 91
- II. Der Bedeutungsverlust klassischer Gefahrenabwehr  
zugunsten von Vorfeldbefugnissen und Risikoversorge ..... 94
  - 1. Ausgangslage – der Wandel des Polizeirechts ..... 94
  - 2. Gründe für den Wandel des Polizeirechts ..... 97
  - 3. Nachteile und Schwierigkeiten des polizeirechtlichen  
Wandels ..... 97
- III. Vorrang der Gefahrenabwehr ..... 101
- IV. Die Grenze zwischen Gefahrenabwehr und Gefahrenvorfeld ..... 102
- V. Die Gefahr als Tatbestandsmerkmal bei Befugnissen zur  
Bekämpfung des Terrorismus ..... 106
  - 1. Terrorismus als abstrakte gegenwärtige Dauergefahr ..... 106
  - 2. Der „relationale Gefahrenbegriff“ ..... 108
  - 3. Die allgemeine Gefahr ..... 110
  - 4. Die „präsumtive Gefahr“ ..... 111
- VI. Zwischenergebnis ..... 115

B. Die datenschutzrechtliche Herausforderung des Sicherheitsrechts ..... 115

- I. Die Bedeutung von Informationen im Kampf gegen den  
Terrorismus und die informationelle Doppelstrategie des  
Gesetzgebers ..... 116
- II. Allgemeine Grundsätze des Datenschutzrechts ..... 118
  - 1. Allgemeiner Datenschutz und informationelle  
Selbstbestimmung ..... 118
  - 2. Allgemeiner Datenschutz auf einfachgesetzlicher Ebene ..... 118
- III. Sicherheitsrecht als bereichsspezifisches Datenschutzrecht ..... 120
  - 1. Datenschutz und polizeiliche Gefahrenabwehr ..... 120
  - 2. Datenschutz bei den Nachrichtendiensten ..... 122
  - 3. Antiterrordatei ..... 124
    - a) Normenklarheit und Zweckbindungsgrundsatz ..... 126

b)	Datenvermeidung und Datensparsamkeit .....	127
c)	Transparenzgrundsatz und Datensicherheit .....	129
d)	Die Problematik der Eingriffsschwelle .....	132
e)	Zwischenergebnis zur Antiterrordatei .....	133
4.	Gemeinsames Terrorismusabwehrzentrum .....	134
IV.	Zwischenergebnis .....	137
C.	Plädoyer für eine ganzheitliche Sicherheitsarchitektur zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus .....	137
Drittes Kapitel: Das Trennungsgebot zwischen Polizei und Nachrichtendiensten .....		141
A.	Allgemeiner Überblick .....	142
I.	Das Trennungsgebot im historischen Kontext .....	142
1.	Die Entwicklung bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs .....	142
2.	Entstehung des Grundgesetzes und „Polizeibrief“ der Westalliierten .....	144
II.	Abschnitte in der Diskussion um das Trennungsgebot .....	146
III.	Das Trennungsgebot – politischer Begriff oder rechtliche Kategorie .....	149
IV.	Zwischenergebnis .....	152
B.	Der gesetzliche Rang des Trennungsgebots .....	153
I.	Verfassungsrang des Trennungsgebots .....	153
1.	Verfassungsrang aus Art. 87 Abs. 1 S. 2 und Art. 73 Abs. 1 Nr. 10 GG .....	153
a)	Wortlautinterpretation .....	154
b)	„Polizeibrief“ und historisch-genetische Interpretation .....	156
c)	Systematische Interpretation .....	157
d)	Teleologische Interpretation .....	159
2.	Trennungsgebot als Ausprägung des Rechtsstaatsprinzips .....	160
3.	Trennungsgebot als Ausprägung des Bundesstaatsprinzips oder abgeleitet aus dem Grundrechtsschutz .....	162

4.	Zwischenergebnis zum Verfassungsrang des Trennungsgebots – Plädoyer für ein Ende der Diskussion ....	164
II.	Einfachgesetzliche Ausprägung.....	165
III.	Das Trennungsgebot auf Länderebene .....	166
IV.	Zwischenergebnis .....	167
C.	Die vermeintlichen Inhalte des Trennungsgebots .....	167
I.	Befugnisrechtliche Trennung.....	168
1.	Verbot polizeilicher Befugnisse für die Nachrichtendienste .....	168
2.	Verbot nachrichtendienstlicher Mittel für die Polizei .....	169
II.	Organisatorische und personelle Trennung .....	172
III.	Funktionelle Trennung.....	173
1.	Aufklärung der Organisierten Kriminalität und des Terrorismus durch die Nachrichtendienste .....	174
2.	Gefahrenvorsorge und Bekämpfung des internationalen Terrorismus durch die Polizei .....	177
IV.	Informationelle Trennung .....	178
V.	Inhaltlicher Wandel des Trennungsgebots.....	180
VI.	Zwischenergebnis .....	181
D.	Das Trennungsgebot im Rahmen der europäischen Sicherheitsarchitektur .....	182
I.	Die europäische Sicherheitsarchitektur nach dem Vertrag von Lissabon .....	182
1.	Der Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts .....	185
2.	Polizeiliche Zusammenarbeit – Europol .....	188
3.	Die Idee eines europäischen Nachrichtendienstes .....	191
II.	Wechselseitige Auswirkungen zwischen europäischer Sicherheitsarchitektur und deutschem Trennungsgebot .....	192
III.	Zwischenergebnis .....	194
E.	Die Funktion des Trennungsgebots im Verhältnis von Sicherheit und Freiheit.....	195

Viertes Kapitel: Das BKA-Gesetz im Lichte der aktuellen	
Herausforderungen im Verhältnis von Polizei und Nachrichtendiensten.....	
	199
A.	Grundlage und Entstehung des BKA-Gesetzes.....
	200
I.	Die Gesetzgebungskompetenz des Art. 73 Abs. 1 Nr. 9a GG.....
	200
II.	Das Gesetzgebungsverfahren.....
	204
III.	Zwischenergebnis .....
	206
B.	BKA-Gesetz und Bedeutungsverlust des polizeilichen
	Gefahrenbegriffs.....
	207
I.	Allgemeiner Überblick .....
	207
II.	Rasterfahndung.....
	210
III.	(Quellen-)Telekommunikationsüberwachung.....
	210
	1. Grundrechtseingriff.....
	212
	2. Bestimmtheit und Verhältnismäßigkeit des
	§ 201 Abs. 1 S. 1 Nr. 2 BKAG.....
	212
IV.	Online-Durchsuchung.....
	215
	1. Eingriffsvoraussetzungen.....
	215
	2. Verwendung des Begriffs der „präsumtiven Gefahr“ .....
	216
V.	Zwischenergebnis .....
	217
C.	BKA-Gesetz und datenschutzrechtliche Herausforderung .....
	218
I.	Datenschutz im BKAG .....
	218
	1. Kernbereichsschutz.....
	218
	2. Zweckbindung .....
	222
II.	Die Notwendigkeit der Einbeziehung des BKA in die
	parlamentarische Kontrolle der Nachrichtendienste.....
	224
III.	Zwischenergebnis .....
	226
D.	BKA-Gesetz und Trennungsgebot .....
	227
I.	Vereinbarkeit mit dem Trennungsgebot.....
	227
II.	Folgen für das Verhältnis von Polizei und
	Nachrichtendiensten.....
	228
III.	Zwischenergebnis .....
	231

E. Das BKA-Gesetz als Teil einer ganzheitlichen Sicherheitsarchitektur? .....	231
Ergebnisse und Schluss .....	235
Literaturverzeichnis.....	241